

LAUT NIEDERÖSTERREICH

Wege aus der Sinnkrise

1963 – 1982

Während in den 1960er Jahren der wirtschaftliche Aufschwung noch voll im Gange war, kam es auch in Österreich im Sog der internationalen Bürgerrechts-, Antikriegs-, Frauenrechts-, und Studentenbewegungen am Ende des Jahrzehnts zu nachhaltigen gesellschaftlichen Umwälzungen. Mit der Erdölkrise 1973 wurde das Problem der Energieversorgung virulent und zeitigte etwa mit dem Nein zur Atomkraft in Österreich ihre Wirkung – ganz zu schweigen von den negativen Folgen für das Wirtschaftswachstum. Auch die technischen BeamtInnen des Landes Niederösterreich mussten sich in dieser Zeit nicht nur dem rasant beschleunigenden technischen Fortschritt und gleichzeitig dem aufkeimenden Umweltgedanken anpassen, sondern hatten auch massive Herausforderungen im Bezug auf das Selbstverständnis ihrer Ständesvertretung zu bewältigen.

Nachdem Simlinger seine Tätigkeit als Vereinsobmann 1962 aus dienstlichen Gründen zurückgelegt hatte, wählte man Dipl.-Ing. Dr. Otto Raschauer, aus der Gruppe Straßenbau, zum neuen Obmann. Der neue Vorstand an der Vereinsspitze versprach sich den alten Anliegen wieder vermehrt anzunehmen. Unter anderem setzte man sich weiterhin direkt beim nunmehrigen Ehrenmitglied Landeshauptmann Figl für die eigenen Interessen ein. Auch der erste Obmann und weiterhin herausragender Förderer des Vereins, Otto Heinz Müller, wurde mit einer 1963 verliehenen Ehrenmitgliedschaft gewürdigt. Als nach dem Ableben Leopold Figls ein weiterer Agraringenieur, Eduard Hartmann 1965 zum Landeshauptmann gewählt wurde, zeigte man sich von Seiten des Vereins sehr erfreut: *„Die Ingenieure des Landesdienstes können mit Freude und Stolz feststellen, dass nach dem verewigten Landeshauptmann DDDr. h. c.*



Dipl.-Ing.
Dr. Otto Raschauer

Obmann 1962-1968



Dipl.-Ing. Leopold Figl wieder eine hervorragende Persönlichkeit aus dem Stande der akademischen Ingenieure berufen ist, massgebend [sic] die Geschicke des Landes Niederösterreich zu bestimmen.“⁵⁵

Der Verein erhoffte sich damit weiterhin einen direkten Draht „nach ganz oben“. Allerdings verstarb auch der neugewählte Landeshauptmann nach etwas mehr als einem Jahr im Amt im Oktober 1966. Wichtige und durchwegs positiv bewertete Auswirkungen auf die technischen Beamten hatte eine mit Jahresende 1971 erfolgte Umstellung der Verwaltungsstruktur und Gruppenbildung, durch die ein Großteil der Wünsche des Vereins erfüllt wurden.

Mehr TechnikerInnen als SpitzenbeamtInnen

Beschleunigte Aufnahmeverfahren sowie der Raummangel bildeten somit auch die Kernthemen des neuen Obmanns Dipl.-Ing. Dr. Raschauer. Daneben sollte auch das Beförderungsgefälle zwischen JuristInnen und TechnikerInnen wieder ausgeglichen werden.⁵⁶ Seitens der Ingenieursvereinigung konzentrierten sich diese Forderungen im Besonderen auf einen vakanten Posten in der IX., der höchsten Dienstklasse. Konstant urgierte man eine Wiederbesetzung des Selbigen und erreichte diese schließlich 1966. Bezeichnender Weise wurde der Posten mit Franz Simlinger besetzt, bis dahin Leiter der Gruppe Hochbau. Die Besetzung dieses dritten Postens in Dienstklasse IX. war mehr als die Befriedigung eines langjährigen Wunsches und wirkte sich vor allem positiv auf das Verhältnis zu den JuristInnen innerhalb der Verwaltung aus.⁵⁷ Vorerst schien dieser dritte Posten für den Stand der TechnikerInnen gesichert zu sein, doch nach Franz Simlingers Pensionierung 1971 wurde er nicht entsprechend nachbesetzt. Damit begann der Kampf um die, so wichtige, Zuerkennung von Neuem. Eine dauerhaftere Entspannung des Verhältnisses zwischen TechnikerInnen und JuristInnen konnte erst 1979 erzielt werden. Grund dafür bot die von höherer Stelle genehmigte Besetzung von Sachgebieten einzelner technischer Abteilungen mit Dienstposten der VIII. Dienstklasse. Dadurch erreichte man einen zahlenmäßigen Ausgleich der technischen mit den juristischen Abteilungen.⁵⁸ Das ungleiche Verhältnis konnte dadurch zwar gemildert, aber nicht behoben werden.⁵⁹

Streben nach Aufwertung des Diplomingenieurs

Die Thematik der Nachwuchsförderung kostete die Ingenieursvereinigung mehrere Jahre intensiver Arbeit. Vorschläge zur Neugewinnung von Nachwuchs für die niedrigeren Dienstklassen genossen erhöhte Aufmerksamkeit. Unterstrichen wurde dies durch Entwürfe zu einem neuen Hochschultechniker-gesetz, das den Titel des Diplomingenieurs aufwerten sollte. Lange Zeit galt der Ingenieurstitel als bloße Standesbezeichnung und nicht als anerkannter akademischer Grad. Als ersten Stellvertreter des Beratungsausschusses für das Hochschultechniker-gesetz wählten die Vereinsmitglieder 1963 Oberbaurat Dr. Brückner, der nun über Entwurfs- und Umsetzungsangelegenheiten Bericht zu erstatten hatte.⁶⁰ Als es 1964 zu Bestrebungen der Interessensgemeinschaft der kaufmännischen Absolventenverbände Österreichs kam, Handelsakademie-Absolventen die Standesbezeichnung „Ingenieur“ zuzuerkennen, reagierte man von Seiten des Vereins prompt ablehnend: *„Zu einem Zeitpunkt da nicht einmal die gesetzliche Klärung der Stellung des akademischen Ingenieurs gegeben ist, wäre von einer weiteren Verwässerung des Titels ‚Ingenieur‘ für fachfremde Sparten dringend abzuraten.“*⁶¹

1966 war der Mitgliederstand erstmalig abgesunken. Als Grund dafür wird in den untersuchten Quellen angegeben, dass man mehr Abgänge durch Pensionierungen und Todesfälle als Neuzugänge verzeichnen musste. In den folgenden Jahren bestätigte sich dieser rückläufige Trend aber nicht. Im selben Jahr kam es zu einem Wechsel an der Spitze des Ingenieursvereins. Der scheidende Obmann Otto Raschauer hatte vier Jahre als Obmann und zuvor sechs Jahre als Schriftführer im Verein gewirkt. Als Grund für seinen Rückzug gab Raschauer seine umfangreichen Aufgaben an. Er wirkte weiterhin als Leiter der Neubauabteilung der Bundesstraßenverwaltung, leitete zusätzlich eine Arbeitsgruppe der Forschungsgesellschaft für das Straßenwesen und fungierte als österreichischer Verbindungsmann zur FIANI. Später sollte er zum Sektionschef des Ministeriums für Bauten und Technik aufsteigen und auch dem ÖIAV als Präsident vorstehen. Für den vakanten Posten des Obmanns wählten die Mitglieder Dipl.-Ing. Leopold Holzmann. Als seine ersten Stellvertreter wählte man Dipl.-Ing. Dr. Erich Kodric. Während der Obmannschaft von Oberbaurat Holzmann kämpfte man weiterhin um Bauleiterzulagen, kollektivvertragliche Besonderstellungen und diskutierte Nachwuchsfragen und Möglichkeiten einer Verwaltungsvereinfachung.⁶²



Dipl.-Ing.
Leopold Holzmann

Obmann 1968-1974



Dipl.-Ing. Kurt Fieber

Obmann 1974-1978

In einer Vorstandssitzung im Jänner 1966 dachte man über eine Erhöhung des Mitgliedsbeitrages für 1967 auf 20,- Schilling nach, was aber nicht zur Umsetzung kam. Ebenso beschloss man die Mitglieder durch Mitteilungsblätter über die zukünftig geplanten Vorhaben des Vereins zu informieren. Wichtigster Punkt der Tagesordnung war die abermalige Kontaktaufnahme mit dem Vertreter der ZPV, dem Landtagsabgeordneten Siegfried Ludwig, um diverse Forderungen, Beförderungen, Leiterzulagen, Stichtagsregelungen sowie Tagesdiäten zu besprechen.⁶³ Bereits in der Vergangenheit, noch unter der Obmannschaft Otto Raschauer, hatte Siegfried Ludwig an einer Ausschusssitzung des Vereins teilgenommen, gefolgt von einer weiteren, sehr intensiven Besprechung zwischen ihm und dem Vereinsvorstand über Personal- und Bezugsangelegenheiten kurze Zeit später.⁶⁴ Daneben sollte zukünftig eine noch engere Zusammenarbeit mit Vereinigungen aus anderen Bundesländern praktiziert werden. Kontakte intensivierte sich dabei vor allem zum Schwesternverein aus Oberösterreich, aber auch zu VertreterInnen aus anderen Bundesländern.

Jahr	Mitglieder
1963	231
1964	217
1965	218
1966	209
1972	180
1974	189
1979	156
1981	202

Tabelle erstellt anhand von Mitgliederlisten und Vollversammlungsprotokollen, Archiv LAUT, II. bis 7. Teil.

Obmann	Zeitraum
Dipl.-Ing. Dr. Otto Raschauer	1962 – 1966
Dipl.-Ing. Leopold Holzmann	1966 – 1974
Dipl.-Ing. Kurt Fieber	1974 – 1978
Dipl.-Ing. Gottfried Holzinger	1978 – 1982

Tabelle 6

Der Vorstand der Vereinigung der Diplomingenieure im n.ö. Landesdienst, 1962 – 1982

Weiters haben im Vorstand folgende Personen mitgewirkt:

Dipl.-Ing. Dr. Otto Aleksa, Dipl.-Ing. Heinrich Bachbauer, Dipl.-Ing. Peter Kisser, Dipl.-Ing. Dr. Erich Kodric, Dipl.-Ing. Helmut Luppi, Dipl.-Ing. Alois Pohl, Dipl.-Ing. Erich Ranegger, Dipl.-Ing. Wilhelm Schild, Dipl.-Ing. Hans Straka, Dipl.-Ing. Johann Strömer, Dipl.-Ing. Dr. Rudolf Stürzer

In der Krise

Zwischen 1963 und Ende der 1970er Jahre geriet der Verein zusehends in eine Sinnkrise, mit dem Tiefpunkt 1978, als fast der gesamte Vorstand wechselte. Vor allem gegen Ende dieses Zeitraumes wurden zunehmend Forderungen nach Maßnahmen zur Erfüllung der Mitgliederinteressen aller Vereinsange-

LAUT NIEDERÖSTERREICH

hörigen laut. Grund dafür war, dass sich technische Beamte aus niederen Dienstklassen benachteiligt fühlten. Sie warfen dem Vorstand vor, sich nur um die Anliegen der höheren Dienstklassen zu bemühen. Manche Forderungen zogen sich sehr lange hin und bei wieder anderen stand man oftmals auf verlorenem Posten. So musste man sich eingestehen, dass die Vereinigung die Möglichkeiten als Vertretung für A-TechnikerInnen zu fungieren mit der Personalvertretungsgesetzgebung schon lange eingebüßt hatte und man sich zudem als unpolitisch geführter Verein in Widersprüche verwickeln würde. Viele Agenden waren mittlerweile von Personalvertretung und Verwaltungsakademie übernommen worden, wodurch sich der Wirkungsbereich des Ingenieurvereins zusehends verkleinert hatte. Innerhalb der niederösterreichischen Landesverwaltung repräsentierte man lediglich eine kleine Gruppe, deren Interessen sich oftmals nicht mit jenen der Allgemeinheit deckten. Inzwischen hatten BeobachterInnen auch ein schwindendes Mitgliederinteresse festgestellt – an der Vollversammlung 1971 nahmen gar nur mehr 28 Mitglieder teil. Das Interesse an den früher so zahlreich besuchten Fachvorträgen und Versammlungen ging merklich zurück, und es machte sich teilweise Resignation breit: „Es wäre daher zu prüfen, ob nicht allein die Möglichkeit, gemeinsame Interessen sowohl den amtsinternen Organisationen als auch dem Ingenieur- und Architekten-Verein im Rahmen von Standesfragen im Bedarfsfalle im Wege der Vereinigung nahezubringen, ein Weiterbestehen dieser rechtfertigt.“⁶⁵ Unter diesen Umständen spiegelte sich auch in den Reihen der Diplomingenieure im niederösterreichischen Landesdienst die generelle gesellschaftliche Entwicklung der späten 1960er Jahre und ein gewisser Generationswechsel wider, der auch regelmäßig im Vorstand diskutiert wurde.

Krise für das Ansehen der verbeamteten Ingenieure

1966 wurde die Beamtenschaft vom so genannten „Bauskandal“ erschüttert. Dabei handelte es sich um den bis dato größten Korruptionsskandal der Nachkriegsgeschichte. Tatbestand war die Westautobahn gewesen. Nachdem zuerst diverse Unzulänglichkeiten beim Bau einzelner Streckenabschnitte zwischen Salzburg und Wien festgestellt worden waren – die Autobahn musste im Februar 1966 aufgrund von Frostschäden und Fahrbahnsenkungen gar gesperrt werden –, kam es ab 1963 zu Erhebungen der Wirtschaftspolizei. Auch gegen rund 200 BeamtenInnen wurde ermittelt. Es stellte sich heraus, dass Preis-

absprachen, Amtsmissbrauch und Beamtenbestechungen im Spiel waren. Im Oktober 1966 wurden 80 Personen, darunter 21 BeamtInnen, verhaftet. Jahrelange Prozesse, etwa gegen den Sektionschef des Bautenministeriums Dr. Alois Seidl, folgten. Dieser Skandal führte zu einer Verunglimpfung des gesamten Beamtenapparats, insbesondere aber jener BeamtInnen die im Bautenministerium tätig gewesen waren.⁶⁶

In Folge dieses Skandals, der allerdings im Wesentlichen auf Vorkommnissen im Bundesland Oberösterreich fußte, galt es den Ruf der gesamten Beamtenschaft wiederherzustellen beziehungsweise deren Unschuld zu beweisen. Dazu wurden auch vom niederösterreichischen Ingenieurverein Pressemitteilungen verfasst, um möglichst geringen Schaden durch den Skandal zu erleiden.⁶⁷ Auf gesamtstaatlicher Ebene wurde seitens des ÖIAV versucht, den Bauskandal zu einem Justizskandal auszuweiten, da Verhaftungen und Beschuldigungen angeblich ohne stichhaltige Beweise vorgenommen worden waren. Insbesondere der Altpräsident des ÖIAV, Dr. Seidl, sei Opfer dieses Justizskandals geworden.⁶⁸

Nachdem es schließlich geglückt war, sich vom beschriebenen Bauskandal so gut wie möglich zu distanzieren – immerhin betrafen den Ingenieurverein keine Verhaftungen oder Anklagen – wurde innerhalb der Vereinigung versucht wieder zur Tagesordnung überzugehen.

Ein starker Partner – ÖIAV, der österreichische Ingenieur- und Architekten-Verein

Eine wichtige Rolle bei der Neuorientierung des Vereins kam dem österreichischen Ingenieur- und Architekten-Vereins (ÖIAV) zu, mit dem man bereits ab 1962 zusammenwirkte und zu dem man seine Verbindung intensivierte. Schließlich waren zunächst nicht alle Mitglieder von den Vorteilen der Angliederung des eigenen Vereins an den ÖIAV überzeugt, obzwar es sich um eine international sehr renommierte Vereinigung handelte. So war der ÖIAV bereits im Jahre 1848 gegründet worden und gehört mit den vergleichbaren englischen und schweizerischen Ingenieurvereinen zu den drei weltweit ältesten Institutionen dieser Art. Entsprechend seines Wirkungsbereiches waren bis 1918 auch die Kronländer der k. u. k. Monarchie im zentralen Ingenieurhaus vertreten – noch heute das Palais Eschenbach im ersten Wiener Gemeindebezirk. Auch die allermeisten namhaften österreichischen Ingenieure waren



LAUT NIEDERÖSTERREICH

oder sind Mitglieder des ÖIAV, z.B. Siegfried Marcus (Marcus-Wagen), Ferdinand Porsche (mehrere Pkw, darunter der VW-Käfer), Viktor Kaplan (Kaplan-Turbine); von den Bauingenieuren etwa Dr. Carl Ritter von Ghega (Erbauer der Semmering Eisenbahn), Prof. Karl Terzaghi („Vater“ der Bodenmechanik), Prof. Dr. Leopold Müller („Vater“ der Felsmechanik); von den Montanisten Peter Ritter von Rittinger (Erfinder der Wärmepumpe) aber auch ausländische Experten wie z.B. Nikola Tesla, USA (noch in der Österreichisch-Ungarischen Monarchie geboren) oder die Architektin Zaha Hadid, London. ⁶⁹

Um die zweifelnden Kollegen überzeugen zu können, organisierte der Vereinsvorstand einen Vortrag im Rahmen der 16. Vollversammlung 1965. Bei dieser Gelegenheit referierte ÖIAV-Präsident Sektionschef Seidl über die Geschichte und Aufgaben der 117-jährigen Vereinigung. Dabei ging Seidl auf die drei Hauptaufgabengebiete des ÖIAV ein:

1. Neuste Informationen zum Stand der Technik mittels Vorträgen, Seminaren und Publikationen;
2. Bildung eines rein fachlich, unpolitischen Forums für Fragen der Technik;
3. Aufbau einer Standesvertretung für Diplomingenieure.

ad 1.) Hierbei ist eine Parallele zwischen den beiden Vereinigungen erkennbar. Auch der Ingenieurverein hatte eine ähnliche Aufgabe in seine Satzungen einfließen lassen und zielgerichtet darauf hingearbeitet.

ad 2.) Im Rahmen dieses Forums kamen im Laufe der Geschichte immer tagesaktuelle Thematiken wie der Bau der Semmering-Bahn, die Terrassierungen der Großglockner-Hochalpenstraße und der Autobahn, sowie die städtische Verkehrsplanung zur Sprache. Daneben befasste man sich noch mit der Erstellung von Gutachten, wie etwa über die Wiener Wasserversorgung.

ad 3.) Es war dies ein Anliegen, dessen Umsetzung äußerst schwierig war, obwohl man der Meinung war, dass „*geschichtlich gesehen, Techniker und Naturwissenschaftler für die Entwicklung entscheidend gewesen seien*“. ⁷⁰

Der ÖIAV sorgte auch regelmäßig für eine Vernetzung des Vereins der DiplomingenieurInnen über Österreichs Grenzen hinaus. Zum Beispiel gab man Fragebögen des Vereins Deutscher Ingenieure weiter, auf Basis derer eine groß angelegte Studie zum Thema „Technologische Intelligenz und Politik“ durchgeführt wurde. In dieser Studie wurde, vom Studienautor Eugen Kogon überspitzt formuliert, der Frage nachge-

gangen ob es zutrifft, dass die „Techniker [...] die Kamele [seien], auf denen die Kaufleute und Politiker reiten.“⁷¹ Ein Höhepunkt der Tätigkeit des ÖIAV für das öffentliche Ansehen der IngenieurInnen war der Österreichische Ingenieur- und Architekten-Tag 1980, der, organisiert vom Präsidenten des ÖIAV und ehemaligen Obmann der Vereinigung der Diplomingenieure im NÖ Landesdienst Otto Raschauer, unter Schirmherrschaft von Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger, stattfand.

Weitere PartnerInnen beim Weg aus der Krise

Vielleicht um auch der Kritik aus den eigenen Reihen zu begegnen, vor allem aber um sich an einer zentralen Debatte innerhalb des Ingenieursstandes zu beteiligen, näherte sich der Verein der Interessengemeinschaft der HochschultechnikerInnen im öffentlichen Dienst an. Diese bot eine passende Plattform um sich mit Gleichgesinnten aus anderen Bundesländern auszutauschen.

Vor allem im Zuge des „Bauskandals“ hatte die Interessensgemeinschaft stark im Sinne der IngenieurInnen gewirkt: Als dieser Skandal von 1966 dem Ansehen der beamteten TechnikerInnen einen schlechten Stempel aufdrückte und Pressemitteilungen sehr einseitig gegen BeamtInnen und öffentlich Bedienstete gerichtet waren, veröffentlichte die Interessensgemeinschaft der HochschultechnikerInnen im Öffentlichen Dienst eine Gegendarstellung, in der es galt Anschuldigungen zu entkräften und seinerseits argumentativ Diskriminierungen gegenüber den ZiviltechnikerInnen aufzuzeigen. Dabei wurden unter anderem die Themen Befangenheit und Befangenheitsprüfung eingehend zu entkräften versucht: *„Ziviltechniker und Beamte im technischen Dienst, also beide Berufsgruppen, können bei ihren Arbeiten befangen sein. Nach der derzeitigen Situation ist die Möglichkeit der Befangenheit bei den Ziviltechnikern weit größer, als bei den Beamten, da alle Ziviltechniker behördliche Aufgaben erfüllen dürfen und bei den Beamten jedoch nur ein kleinster Teil behördlich tätig ist“* und *„bei den Ziviltechnikern erfolgt häufig keine entsprechende Prüfung; bei den Beamten prüfen der oder die Vorgesetzten und zusätzlich die Dienstbehörde.“* Dazu wies man in dem Artikel auf die Tatsache hin, dass es ZivilingenieurInnen gestattet war nebenberufliche Tätigkeiten durchzuführen, während es BeamtInnen des technischen Dienstes per Gesetz verboten war, ihren „erlernten“ Tätigkeiten auch nebenberuflich nachzugehen. Grundsätzlich war ihnen ein nebenberuflich erzielt Einkommen aber durchaus erlaubt. Als weiteres Beispiel einer Diskriminie-

LAUT NIEDERÖSTERREICH

Abbildung: Mitgliedsausweis des ÖIAV für die Vereinigung der Diplomingenieure im NÖ Landesdienst.



Die Anrechnung von Praxisjahren angeführt. Zum Unmut der beamteten TechnikerInnen war der Gesetzgeber nicht bereit gewesen, die im Dienst verbrachte Tätigkeit als Berufspraxis für die ZiviltechnikerInnenprüfung anzurechnen. Außerdem gäbe es gewisse Tätigkeiten für die nur ZivilingenieurInnen befugt seien. Dazu zählte etwa die Prüfung und Abnahme von Tankwägen. Zusammenfassend stellte die Interessengemeinschaft der HochschultechnikerInnen im öffentlichen Dienst fest, dass „sie [die im öffentlichen Dienst stehenden TechnikerInnen] heute bestqualifiziert sind, und daher leistungsmäßig eine starke Konkurrenz [gegenüber den Zivilingenieuren] darstellen, die es gilt auszuschalten.“ Daneben argumentierte man, dass durch das Ausübungsverbot von erlernten Tätigkeiten und der damit verbundenen Heranziehung von ZivilingenieurInnen, dem Staat, und somit den Steuerzahlern Milliarden von Schilling an Mehrkosten entstehen würden.⁷²

Zur Sensibilisierung der Vereinsmitglieder für die Anliegen der Interessengemeinschaft lud man 1970 den oberösterreichischen Regierungsoberbaurat Dipl. Ing. Franz Steininger zu einer Vortragsveranstaltung ein, bei der Themen und Aufgaben der Interessengemeinschaft der HochschultechnikerInnen im öffentlichen Dienst vorgestellt und anschließend diskutiert wurden.⁷³ Fernziel der HochschultechnikerInnen-

nenvereinigung war die Gleichstellung der beamteten TechnikerInnen mit den ZivilingenieurInnen. Dabei sollte nicht die Schaffung einer lukrativen Nebenbeschäftigung für beamtete TechnikerInnen Priorität besitzen, sondern lediglich verhindert werden, dass beamtete DiplomingenieurInnen zu TechnikerInnen zweiter Klasse verkommen. Zur Erreichung der Ziele wurde das Beispiel der ÄrztInnen angeführt. Sowohl beamtete als auch private ÄrztInnen hatten die gleichen Rechte inne und waren in einer gemeinsamen Kammer (Ärzttekammer) vereinigt worden. Analog zur Ärztekammer plädierte man daher für eine Ingenieurskammer, die alle praktizierenden TechnikerInnen vereinen sollte. Wieder einmal förderte der Entwurf zur Novellierung des Ziviltechnikergesetzes den Unmut der Beamtenschaft. Dieser Entwurf verbot ihnen Planungs- und Sachverständigentätigkeiten. Nur durch den starken Zusammenhalt zwischen Baudirektorenkonferenz, Städtebund und Interessengemeinschaft der HochschultechnikerInnen konnte dieser Entwurf zu Fall gebracht werden.⁷⁴

Kontinuierlicher Einsatz für die Vereinsmitglieder

Auch ohne offizielle Vertretungsfunktion engagierte sich der Verein am Beginn der 1970er Jahre weiterhin stark für die eigenen Mitglieder und die nachhaltige Etablierung von TechnikerInnen in den obersten Leitungsfunktionen der Landesverwaltung. Eine wichtige Maßnahme in diese Richtung stellte eine Denkschrift über die Stellung des Landesbaudirektors dar, die im Oktober 1970 an die wichtigsten politischen Stellen Niederösterreichs versandt wurde und von diesen auch als wichtiges Signal zur Kenntnis genommen wurde.⁷⁵ In der Folge waren es Fragen wie die Bauleiterzulagen, Überstundenentschädigungen und Leiterpostenbesetzung, die bei einem Vorsprechen von Obmann Holzmann (Wasserbau) bei Oberregierungsrat Dr. Robert Lichal, dem damals zuständigen Obmann der Zentralpersonalvertretung, thematisiert wurden. Aus dem Gespräch ergab sich aber leider nur eine verbesserte „Ziffer 1-Beförderung“ für die Sachgebietsleiter. Alle weiteren Anliegen wurden zwar kundgetan, aber nicht unmittelbar zur Umsetzung gebracht.⁷⁶ Wie aus den Unterlagen weiter hervorgeht, brachte auch ein weiterführendes Gespräch mit Dr. Lichal 1971 keinen Erfolg bezüglich des dritten Postens der Dienstklasse IX für TechnikerInnen. Leider musste man sich auch auf ein „Totlaufen“ bei Zuteilungsfragen der Dienstwägen und der Dezentralisierungsbestrebungen einstellen. Finanzielle Aufwertungen konnten jedoch bei den Tagesdiäten erreicht werden.⁷⁷ Ein weiteres, aus den Akten ersichtliches Dauerthema war die Aufwertung der Baudirektion.

„Wie sich aus der Diskussion ergab, ist der Baudirektor der N.Ö. Landesregierung lediglich Referent der Abteilung „Baudirektion“. Laut Geschäftseinteilung stehen ihm keinerlei Koordinationsaufgaben bei den technischen Abteilungen zu. Es muß [sic] jedenfalls angestrebt werden, daß [sic] der Baudirektion diese Agenden übertragen werden.“ Außerdem sprach man sich im Zuge der Aufwertung für mehr Mitspracherecht bei Dienstpostenplänen, LeiterInnenpostenbesetzungen und allgemeinen technischen Fragen aus.⁷⁸ Tatsächlich kritisierte man, dass es ungerecht sei, NichttechnikerInnen über die Aufnahme von technischem Personal entscheiden zu lassen. Zur Durchsetzung des geforderten Mitspracherechts bei der Erstellung der Dienstpostenpläne sollte eine technische Kommission geschaffen werden, wenn schon der Aufgabenbereich der Baudirektion für derartige Anliegen nicht ausgeweitet werden konnte. Fakt war, dass auch die Arbeitsgemeinschaft „A“ nur eine beratende Funktion bei der ÖAAB-Fraktion innerhalb der ZPV gehabt hatte.⁷⁹

Forcierung interner Gemeinschaftsaktivitäten und der Öffentlichkeitsarbeit

Zwar hatte es bereits in der Vergangenheit Informationsblätter gegeben, die über vereinsinterne Entwicklungen berichteten, doch erst mit der Herausgabe des „Pressespiegel - Technik“ ab 1979, unter dem 1978 neu gewählten Obmann Hofrat Dipl.-Ing. Gottfried Holzinger (Vermessungswesen), konnte nicht nur das Vereinsleben selbst, sondern auch die Außenwirkung über die eigenen Reihen hinaus forciert werden.⁸⁰ Die vierteljährliche Fachzeitschrift erschien bis 2003 in analoger und erscheint seither in unregelmäßiger digitaler Form. Zur redaktionellen Mitarbeit wurden 1979 vor allem Vereinsmitglieder aus allen Gruppen aufgerufen, doch sollte ein viel größerer Leserkreis angesprochen sowie neue Mitglieder angeworben werden. Ein weiterer wichtiger Faktor für die Wahrung der Attraktivität des Vereins für seine Mitglieder waren die weiterhin laufend organisierten Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen. Ab 1975 erfolgten diese in Koordinierung mit der Niederösterreichischen Verwaltungsakademie – eine Zusammenarbeit, die schon 1954, am Beginn der institutionalisierten Vortragsreihen des Vereins, angedacht worden war, damals aber noch nicht zustande kam.⁸¹ So konnte man bis zur fünfundzwanzigjährigen Wiedergründung der Vereinigung nach 1949 auf etwa fünfundachtzig abgehaltene Vorträge und Exkursionen zurückblicken. Entsprechend den zeitgenössischen technologischen Herausforderungen wurden die Themen dieser Veranstaltungen ausgewählt und aufgrund der zumeist auf Wien konzentrierten Dislo-



Dipl.-Ing.
Gottfried Holzinger

Obmann 1978-1982

FESTBROSCHÜRE 80 JAHRE

zierung der Vereinsmitglieder auch hier abgehalten oder von der Bundeshauptstadt aus in gemeinsamen Ausflügen erreicht. Von herausragendem Interesse während der späten 1960er und 1970er Jahre war die Energiegewinnung aus Kernkraft, was sich mit Ausflügen ins Reaktor- und Forschungszentrum nach Seibersdorf sowie zum Atomkraftwerk Zwentendorf und anschließende Diskussionen über Energiegewinnung zeigte. Ebenfalls am Ende der 1960er Jahre begann sich bei den IngenieurInnen Niederösterreichs der Umweltschutzgedanke durchzusetzen. So fand etwa der Niederösterreichische Naturschutzbund nur lobende Worte für einen Ende 1970 von Obmann Holzmann gehaltenen, einschlägigen Vortrag.⁸²



Abbildung: Titelseite der ersten Ausgabe des „Pressespiegel – Technik“